

## Das neuseeländische Ideal.

Don M. Beer.

### I.

Die angelsächsischen Gemeinwesen haben in den letzten siebzig Jahren einen großen Reiz auf die fortgeschrittenen bürgerlichen Politiker Europas ausgeübt. Vor Volksstürmen und Polizeirepressalien flüchteten diese sich vorerst nach den Vereinigten Staaten, dann nach England, schließlich nach Neuseeland, um sich an deren freien Verfassung und sozialpolitischen Gesetzgebung zu erbauen. Der europäische Kontinent wurde ihnen zum dunklen Hintergrund, von dem sich die angelsächsischen Institutionen um so lichtvoller abheben konnten. Man schuf politische Vorbilder und sozialpolitische Erbauungsbücher anstatt Studien für die politische Wissenschaft. Was die Utopie für die sozialrevolutionäre Phantasie, das waren die angelsächsischen Gemeinwesen für das politische Sehnen des kontinental-europäischen Bürgerthums.

Alexis de Tocquevilles Abhandlung über die Demokratie in Amerika, die Jahrzehnte lang als klassisch galt, hat jetzt nur noch für den Literarhistoriker und den Psychologen einiges Interesse. „Seine Schilderungen der amerikanischen Demokratie sind in vielen Punkten nicht mehr wahr und in gewissen Punkten waren sie nie wahr. . . Er schrieb über Amerika, aber sein Herz war in Frankreich“, bemerkt James Bryce in seiner geistvollen Studie über de Tocqueville („Predictions“, Johns Hopkins University Series, 1882). Noch minderwertiger war die Ausbeute der in den letzten Jahren entfalteten literarischen Tätigkeit über Englands sozialpolitische Gegenwart und Zukunft. Wie eine Springschwamm ergoß sich die Begeisterung für England über das sozialpolitische Denken Europas. Die allernothwendigsten Maßnahmen gegen die Degenerierung der Slumbewässerung wurden als Municipalsozialismus bejungen. Irgend ein grotesker Ausbruch eines journalistischen Witzlings wurde als Ausfluß der höchsten Weisheit gefeiert. Es ist unmöglich, auf diese anglophile Episode zurückzublicken, ohne über die Leichtgläubigkeit und den Selbstbetrug unserer Sozialreformer zynisch zu werden. Indes, eitel Selbsttäuschung war es doch nicht gewesen. Die sozialökonomische Theorie Englands in den neunziger Jahren war von der Absicht geleitet, den Marxismus zu tödten, oder klarer ausgedrückt, den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft zu leugnen.

Nun hat sich die anglophile Welle verlaufen. Selbst Engländer und Amerikaner können sich dem Gedanken nicht mehr verschließen, daß Großbritannien sozialpolitisch nichts mehr bieten könne. Die Geständnisse der Webbs („Soziale Praxis“, März 1902) über die Reaktion in England in den letzten Jahren des neunzehnten Jahrhunderts hätten auch von einem Marxisten nicht schärfer geschrieben werden können. Anstatt aber in der Berührung mit der lebendigen Entwicklung neue Kräfte zu gewinnen, flüchteten sich die Enttäuschten nach Neuseeland,<sup>1</sup> um aus dem dortigen, erst beginnenden Leben sozialpolitische Vorbilder für Europa zu holen. Dieses Verfahren mag uns unsoziologisch, unvernünftig erscheinen.

<sup>1</sup> J. D. Lloyd, „Newest England“, New York 1900, Doubleday, Page & Co.; „A Country without Strikes“ (im gleichen Verlag), 1900; S. und B. Webbs Vorreden zur neuen Ausgabe ihrer „History etc. and Industrial Democracy“, London 1902, Longmans, Green & Co.; „The State and its Functions in New Zealand“ (Fabian Tract 74).

Dennoch liegt darin der Schlüssel zum Verständniß einer der interessantesten Bewegungen innerhalb des zeitgenössischen Angelfachsenthums und wirft auch einiges Licht auf die Revisionsbewegung innerhalb der internationalen Sozialdemokratie.

## II.

Wie wir schon in früheren Korrespondenzen bemerkt, sind die modernen englischen Sozialpolitiker der Ansicht, der Umschwung der Anschauungen in England sei dem Zusammenbruch des Individualismus geschuldet. Das unbeschränkte Walten des individuellen Wettbewerbes, das so lange das wirtschaftliche Getriebe regulirte, habe seine Grenze erreicht. Eine neue regulirende Kraft sei nöthig. Und diese könne nur der Staat sein, der durch den philosophischen Radikalismus der Bentham und Mill, sowie durch den ökonomischen Liberalismus der Cobden und Gladstone beseitigt wurde. Die Briten wollen wieder einen Staat haben, der ihre Arbeitsverhältnisse, ihren Handel, ihre Erziehung und Wehrhaftigkeit leitet und regulirt. All das imperialistische Kreischen in den letzten Jahren kündige die Geburt des Staates an. Dies ist die Deutung des modernen englischen Imperialismus. Sie ist indeß nur zum Theil wahr. Wahr, soweit das imperialistische Wogen und Gähren der Mittelschichten in Betracht kommt, die ihre Existenz durch die Konzentration des Kapitals gefährdet sehen. Diese wollen den Staat, den sozialen Staat, den sozialen Imperialismus, der sie gegen die Trusts und Monopole, gegen das Versinken ins Proletariat schützt. Vom sozialen Staate verlangen sie die Aufrechterhaltung des Mittelstandes, der besser gestellten Privatbeamten und Arbeiter (Gewerkschaftler), Förderung des Kleinneigenthums und des freien Wettbewerbes. Diese noch im chaotischen Zustand sich befindenden Wünsche und Strebungen haben bereits in Mr. Benjamin Kidd ihren Philosophen gefunden. In seinem soeben erschienenen Werke: „Principles of Western Civilization“, erklärt er, das Ideal der Menschheit für die Niederhaltung der Monopole durch den Staat und die Aufrechterhaltung eines gesunden Wettbewerbes.

Die Großfinanz dagegen, die vor Allem die Erschütterung der englischen Handels suprematie empfindet, will ebenfalls den Staat, aber nur nach außen hin: den Kolonialkrieg, die imperiale Föderation. Im Innern aber will sie die unbeschränkte persönliche Freiheit, die ihr der Radikalismus gebracht hatte. Sie beschwört Lord Salisbury, die Freiheit der Arbeit, „die persönliche Freiheit als das schätzbarste aller menschlichen Güter zu schützen“ und der Sozialreform Gehalt zu thun („Times“, 17. April; „Vorwärts“, 20. April).

Ob und wann diese beiden Strömungen in einen Gegensatz gerathen und dem englischen Sozialismus neue Energie zuführen werden, können wir hier nicht untersuchen. Vorläufig sind beide Strömungen noch nicht voneinander geschieden. Beide werden mit dem vagen Ausdruck Imperialismus bezeichnet, da dieser ihr gemeinsamer Nenner ist. In Neuseeland kommen diese beiden Strömungen am deutlichsten zum Ausdruck. Es ist die Verkörperung des sozialen Imperialismus. Sein populärer Premierminister Mr. Seddon, der bereits zehn Jahre im Amte ist, scheint eine Art Verbindung von Chamberlain und Fabier zu sein. Daraus erklärt sich das Anwachsen der Literatur über Neuseeland und das zunehmende Studium seiner Verhältnisse. Diese ganze Literatur ist antimarktisch, da sie praktisch dem Gedankenleben der bedrohten Mittelstände angepaßt und theoretisch dem Nachweis gewidmet ist, daß der Klassenkampf ein überwundener Standpunkt sei und daß das „Volk“ thatsächlich nur einen Feind habe: das Monopol.

## III.

Beim Eintritt Englands in die große wirtschaftliche Laufbahn, die das achtzehnte und neunzehnte Jahrhundert umfaßte, stand als Symbol und Wahrzeichen die einsame Gestalt Robinson Crusoes. Es war der einzelne Mensch, the economic man, der im unermüdblichen, muthigen, klugen Ringen mit Widerwärtigkeiten, mit feindlichen Elementen sich einen Wirkungskreis erobert und zu Glück und Erfolg gelangt.

Heute tritt England in eine andere Epoche ein und bei ihrem Eingang steht die kollektive Gewalt — der Staat. Die früher erwähnte Fabianbrotschüre: „Der Staat und seine Funktionen in Neuseeland“, die von W. P. Reeves, dem früheren Arbeitsminister Neuseelands geschrieben ist, beginnt mit der Aufzählung der Schwierigkeiten, denen der moderne Kolonist zu begegnen hat, und ruft aus: „Der Staat, nur der Staat kann die Finanzen . . . schaffen; dem Staat wird die Erschließung der Kolonie anvertraut. . . Warnungen gegen die Einmischung des Staates schrecken ihn (den Kolonisten) nicht. Ist er denn nicht ein aktiver Theil des Staates?“ Und unter allen freien britischen Kolonien ist es Neuseeland, das einen stark ausgebildeten Staat hat. Er ist der reichste Grundbesitzer, der größte Arbeitgeber und der Schirmer der wirtschaftlich Schwachen.

Indeß, Neuseeland begann keineswegs mit dem Staate. Bis gegen Ende der achtziger Jahre waren die Zustände der Kolonie nur sehr wenig von denen des Mutterlandes verschieden. Nur die Eisenbahnen und eine Lebensversicherung wurden von der neuseeländischen Regierung verwaltet. Im Uebrigen war alles dem freien Wettbewerb überlassen. Die Folge davon war: „Die Konzentration des Grund und Bodens, des Kapitals, der Maschinerie, die in Europa das Ergebnis einer Entwicklung von mehreren Jahrhunderten und in Amerika von hundert Jahren war, vollzog sich in Neuseeland innerhalb zweier Jahrzehnte. Im Jahre 1890 war alles monopolisiert: der Boden, das Feuer (die Kohle) und das Wasser (die Schifffahrt). Es waren Zustände reif geworden, die das neuseeländische Paradies dem Volke unerträglich machten“ (Lloyd). Die Lage war gewiß eine eigenartige. Man vergegenwärtige sie sich: hier ist eine junge Kolonie, die vier Fünftel des Flächeninhalts des vereinigten Königreichs und nur ein Sechzigstel seiner Bevölkerung hat. Ihr Klima ist das Italiens, aber ohne Malaria und Sciroccowinde. Ihr Boden ist reich an Gold, Kohle, Mineralquellen und anderen Schätzen; er ist ferner für Schafzucht und Ackerbau in hohem Grade geeignet. Die Kolonisten sind physisch und moralisch tüchtig, national einheitlich, unternehmungslustig und durch keine Traditionen gehemmt. Und dennoch sind diese paradiesischen Inseln voll von Arbeitslosen, Darbenden und Obdachlosen. Zu gleicher Zeit strömen auf sie aus dem Mutterland neue Ideen ein — Ideen über Sozialismus und Neuen Unionismus. Die Kolonisten rüsten sich zum Kampfe, der mit einem Strike von Seeleuten in Australien anfängt und im Wollschererstrike Neuseelands seinen Höhepunkt erreicht. Es war ein Kampf zwischen den wenigen Großkapitalisten und den Tausenden von Enttäuschten, verzweifelten Kolonisten. Die Arbeiter unterliegen, aber sie lernen. Sie werfen die stumpfe Waffe der Selbsthilfe weg und wenden sich der Politik zu. „Das alte Gesetz war der Stock, mit dem sie geschlagen wurden; das neue Gesetz soll die Stütze werden, die sie aufrecht erhält.“<sup>1</sup> Am 2. September 1889 erhält Neuseeland eine Wahlreform

<sup>1</sup> Mr. Tregear, Generalinspektor Neuseelands im Londoner „Engineers Journal“, April 1902.

und am 5. Dezember 1890 finden die ersten Wahlen auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes der Männer statt. Die konservative Regierung wird gestürzt und eine sogenannte liberale, im Grunde eine Reformregierung, nimmt ihren Platz ein, die sich Zug um Zug zum Staate der Mittelstände gegenüber den Monopolisten entwickelt. „Die neuseeländische Idee“, sagt Lloyd, „ist jener Gesellschaftstheorie entgegengesetzt, die die Menschheit in zwei Lager theilt: in Millionäre und Skende, die dann einen Kampf auf Tod und Leben führen sollen. Neuseeland geht nach einer anderen Richtung: nach der Stärkung und Vermehrung der Mittelklasse. . . . Der Schlüssel zu allen gesetzgeberischen und sozialen Einrichtungen Neuseelands ist zu finden in dem bewußten und unbewußten Bestreben, eine breite Mittelklasse zu schaffen, die den Millionär und den Pauper absorbiren soll.“

## IV.

Der sozialrevolutionäre Gedankenstrom, der sich in den achtziger Jahren von Deutschland aus über die zivilisirte Welt ergoß, hinterließ in England gar wenige Spuren. Der felsenfeste Konservatismus seines Volkes, seine altbegründeten Traditionen und wohlbewachten Interessendämme warfen die Wellen bald zurück. Als einziges Zeichen des großen Kulturereignisses blieb die Heilsarmee und die Organisirung der munizipalen Thätigkeit. Anders in Neuseeland. Die junge, aufgewühlte Kolonie nahm den formalen Sozialreformgedanken auf und füllte ihn mit einem den Umständen gemäßen Inhalt. Und diese Umstände dürften am besten bezeichnet werden durch die Thatsache, daß die ersten wichtigsten Reformschritte auf eine neue Bodengesetzgebung gerichtet waren. Das wirkliche Uebel Neuseelands war der Latifundienbesitz. Denn die Lebensquellen der Kolonie sind Schafzucht und Ackerbau. Unter den im Jahre 1900 für 13 Millionen Pfund Sterling ausgeführten Waaren befanden sich Fabrikate für nur 55 000 Pfund Sterling.

Der Boden Neuseelands wurde von Anfang an als das Eigenthum der Krone, das heißt der Kolonialregierung, betrachtet. Da die Regierung in Finanznöthen war und auch jeder festen Bodenpolitik ermangelte, wurden die Ländereien an Kompagnien und reiche Spekulanten zu Schleuderpreisen verkauft. Im Jahre 1891 — beim Beginn der staatlichen Reformen — gab es in Neuseeland 1600 Personen mit 18 Millionen Acres Land; 11 Personen, die Ländereien im Werthe von rund 100 Millionen Mark besaßen; 107 Personen, die über Ländereien im Werthe von 140 Millionen Mark verfügten. Die nun zur Herrschaft gelangte Reformregierung ging sofort daran, für die noch unokkupirt gebliebenen Ländereien eine neue Bodengesetzgebung zu schaffen, die in der Landakte von 1892 ihren Ausdruck fand.<sup>1</sup> Aus dem vagen Begriff der Kronländereien wurde Staatseigenthum, das im Prinzip nur in einer Maximalzahl von Acres verpachtet werden soll. Das Prinzip wurde indeß zu Gunsten des individuellen Eigenthums stark durchbrochen. Es bestehen gegenwärtig in Neuseeland folgende drei Arten von Grundbesitz:

1. Lease-in-perpetuity: eine ewige Pachtung, das heißt auf 999 Jahre, für eine jährlich an den Staat zu entrichtende Pachtsumme (Rente) von 4 Prozent des beim Vertragschluß abgeschätzten Bodenwerthes. Die Pachtsumme ist nicht revidirbar.

2. Lease with purchase: eine Pachtung mit Kaufrecht. Die Rente beträgt 5 Prozent des ursprünglichen Bodenwerthes. Zwischen dem zehnten und fünf-

<sup>1</sup> „The New Zealand Official Year-Book“ 1894, 1901, veröffentlicht von der Regierung in Wellington.

undzwanzigsten Pachtjahr hat der Pächter das Recht, den von ihm bewirthschafteten Boden zum ursprünglichen Bodenwerth käuflich zu erwerben.

3. Cash, Kauf gegen Baarzahlung: ein Viertel der Kauffumme sofort; den Rest nach dreißig Tagen. Rechtsmittel aber erst, nachdem vom Käufer gewisse Verbesserungen auf dem Boden gemacht sind.

Das Maximum der so abzugebenden Acres ist 640 bei erstklassigem, 2000 bei zweitklassigem Boden. Die Vergebung der Ländereien ist entweder eine öffentliche und durch Auslosung oder eine private Transaktion zwischen dem Vertreter der Regierung und dem Pächter oder Käufer. Die bevorzugteste Besitzform ist die lease with purchase.

Eine Unterform der Lease-in-perpetuity ist das village settlement system, das den Staat ermächtigt, einen gewissen Bodenkomples unter eine Anzahl von Kolonisten zu parzelliren, um eine Niederlassung von kleinen Farmern zu bilden. Diesen werden auch kleine Staatsanleihen zur Anschaffung von Geräthen, Baumaterialien und Saaten gewährt. Trotz seiner Vortheile wurde von diesem System nur wenig Gebrauch gemacht. Bis zum 31. März 1901 gab es 2011 solcher Pächter, die 42414 Acres bewirthschafteten. Die vorgeschossene Summe betrug 15115 Pfund Sterling.

Schließlich ist noch die state-farm zu erwähnen: eine vom Staate geleitete Farm von 800 Acres als Zufluchtsstätte für Arbeitslose, sowie für verlassene und verwahrloste Kinder. Die Beschäftigung besteht in Feld- und Gartenarbeiten, für welche nur geringe Löhne gezahlt werden. Auf dieser Asylfarm befindet sich auch eine Elementarschule, die in Lehrplan und Leitung den übrigen Schulen der Kolonie gleich ist. Der Unterricht ist dort überall ein weltlicher.

Im Jahre 1894 wurde die Landakte amendirt und erhielt auch eine Bestimmung, die den Staat ermächtigt, unter gewissen Umständen zum Zwangsauskauf der Latifundienbesitzer zu schreiten. Zur Ausführung dieser Bestimmung ist es jedoch nicht gekommen. Da aber die Bodengesetzgebung den meisten Kolonisten den Erwerb von Pachtungen oder Eigenthum zweifellos erleichterte, entstand ein gewisser Mangel an landwirthschaftlichen Arbeitern, der einige Latifundienbesitzer veranlaßte, ihre Güter dem Staate zurückzuerkaufen.

Ein Rückblick auf die letzten zehn Jahre landwirthschaftlicher Entwicklung in Neuseeland zeigt, daß die Bodengesetzgebung zwar der Möglichkeit der Bodenkonzentration nicht vorbeugt, wohl aber zur Schaffung eines mittleren Bauern- und Pächterstandes geführt hat.

(Schluß folgt.)

## Koalitionsrecht und Erpressung.

Von Hugo Haase.

Im Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde von Liberalen und Konservativen mit vollen Backen die Koalitionsfreiheit als Nothwendigkeit für die Arbeiter verkündet. Der 1865 erstattete Bericht der Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses für Handel und Gewerbe erklärte es sogar als die übereinstimmende Auffassung seiner Mitglieder, daß die Koalitionsfreiheit „eine natürliche Konsequenz und ein wesentliches Korrelat der modernen vollen Gewerbfreiheit“ sei. Die Motive zu dem Gesetzentwurf, welcher von der preussischen Regierung am 10. Februar 1866 dem Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde, aber